

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 241

März 2011

In den Regierungsrat:

Mario Fehr und Regine Aepli



P.P. Uster

Kantonsrats-Wahlen:

SP – Liste 2

Inhalt

Eine Politik für die ganze Bevölkerung statt für Einzelinteressen	3
Von Stefan Feldmann, Präsident der SP Kanton Zürich und Kantonsratskandidat	
Regine Aepli: Alle Abstimmungen gewonnen	4
Von Markus Stadelmann, zur Regierungsratswahl	
Mario Fehr: Mediengewandt und stiller Schaffer	5
Von Markus Stadelmann, zur Regierungsratswahl	
Sparen in der Bildung zahlt sich nicht aus	6
Von Regula Trüeb, Gemeinderätin Uster und Kantonsratskandidatin	

FORUM Spezial

Städtische Abstimmung vom 15. Mai	7
Jugendförderung statt Bürokratie:	
Wie die Ustermer Vereine einfach unterstützt werden können	8-9
Von Stefan Feldmann	
Kantonale Abstimmungen vom 15. Mai	
Keine Steuergeschenke an Superreich zu Lasten	
des Mittelstandes	10
Von Stefan Feldmann	
Unsere Abstimmungsparolen für den 15. Mai	10
Anständige Wohnungen für bezahlbare Preise	11
Von Balthasar Thalman, Gemeinderat Uster und Kantonsratskandidat	
Veranstaltungskalender	12

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster
www.forumonline.ch

Herausgeberin:	Sozialdemokratische Partei
Anschrift:	FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage:	16 000 Exemplare
Abonnement:	für 1 Jahr mindestens Fr. 30.–, auf PC 880–13431–8
Redaktion:	Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut
Bilder:	Rolf Murbach
Layout:	Ewald Feldmann
Vertrieb:	Martin Zwysig
Druck:	Ropress Zürich
Erscheinungsweise:	viermal im Jahr

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Editorial



Vor fünf Jahren sonnte sich die SP Uster im Glücksgefühl der Stadtrats- und Gemeinderatswahlen von 2006 als es gelang, das Stadtpräsidium zu erobern, einen dritten Stadtratssitz zu gewinnen und weiterhin die grösste Partei im Gemeinderat zu sein. Wir lehnten uns zurück und liessen unsere Kantonsrats-KandidatInnen im Regen stehen. Das Ergebnis kam prompt und mit unerwarteter Härte: Die SP verlor im Bezirk zwei Kantonsratssitze und auch Stefan Feldmann, «unser» Kantonsrat, musste seinen Sitz räumen. Dabei spielte auch Pech und das neue Wahlsystem eine Rolle: Die SP erzielte zwar ein um drei Prozent besseres Ergebnis als die FDP, erzielte damit aber einen Sitz weniger als diese.

H heute schreiben wir nicht mehr 2007 sondern 2011: Die Ausgangslage ist eine andere. Wir wollen diese Wahlen nicht nur nicht verlieren, sondern wir wollen wieder dazugewinnen. Dafür setzen wir uns ein, im Bezirk, aber insbesondere auch in der Stadt Uster. Wir mussten nämlich feststellen, wie wichtig es doch ist, dass die zweitgrösste Ustermer Partei auch im Kantonsrat durch einen eigenen Kandidaten, eine eigene Kandidatin vertreten ist, weil wir nur so unsere Anliegen direkt einbringen können. Wir wollen die Vertretung Usters nicht einfach den anderen Parteien überlassen.

Ich bin überzeugt, dass die SP bei diesen Wahlen über eine ausgezeichnete Liste verfügt. Auf dem ersten Platz dieser Liste findet sich mit Stefan Feldmann nicht nur der aktuelle Präsident der SP des Kantons Zürich, sondern ein Ustermer SP-Urgestein. Auf Platz fünf kandidiert Regula Trüeb, langjährige Gemeinderätin und Kommissionspräsidentin, und mit Balthasar Thalman stellt sich auch der aktuelle Präsident der SP-Gemeinderatsfraktion auf Platz sieben zur Wahl. Sie alle verdienen unsere Unterstützung.

Stellt sich noch die Frage der politischen Grosswetterlage. Wer die letzten Abstimmungen verfolgt hat (Waffenschutzinitiative, Ausschaffungsinitiative, Steuergerechtigkeitsinitiative) muss einen gewissen Rechtsrutsch konstatieren. Auf der anderen Seite ist aber festzustellen, dass gerade in der Stadt Uster die entsprechenden Abstimmungen entweder knapper ausfielen oder aber wie bei der Waffenschutzinitiative für uns sogar positiv ausgingen.

Gerade in dieser Situation müssen wir als SP mit einer Mobilisierung unserer Wählerschaft zeigen, dass wir diese Entwicklung nicht einfach hinnehmen. Die SP steht für eine Politik, welche sich für die Mehrheit der Bevölkerung einsetzt und nicht für die Interessen von ein paar wenigen (siehe Artikel zur Steuergesetz-Revision). Wir wollen deshalb im Kanton Zürich mit einem guten Resultat ein starkes Signal für die Wahlen im Herbst setzen. Und deshalb gilt: Regine Aepli und Mario Fehr in den Regierungsrat. Und für den Kantonsrat die SP-Liste 2!

Matthias Stammach, Präsident SP Uster

Kantonsratswahlen vom 3. April: Stefan Feldmann in den Kantonsrat

Eine Politik für die ganze Bevölkerung statt für Einzelinteressen

Im Kanton Zürich hat sich in den letzten vier Jahren politisch wenig getan. Ideen- und Ratlosigkeit dominiert bei den bürgerlichen Mehrheitsparteien von Kantons- und Regierungsrat. Dabei gibt es grosse Sorgen, die angepackt werden müssen: auf dem Wohnungsmarkt, im Bildungsbereich, bei der Finanz- und Steuerpolitik. Eine starke SP-Vertretung und eine starke Stimme für unseren Bezirk ist wichtig.

Von Stefan Feldmann, Präsident
SP Kanton Zürich, Kantonsratskandidat

Wenn ich auf die vergangene Legislaturperiode zurückblicke, so muss ich feststellen: Bewegung gab es zumeist nur dort, wo das Stimmvolk selber entscheiden konnte. Etwa als es die Pauschalbesteuerung für ausländische Millionäre abschaffte und damit eine der stossendsten Ungleichbehandlungen in unserem Steuersystem beseitigte. Oder als es die Gemeinden dazu verpflichtete, in der ausserschulischen Betreuung ein bedarfsgerechtes Angebot anzubieten. Oder als es sich für die Einführung eines Berufsbildungsfonds aussprach, als erstem Kanton der Deutschschweiz. Ansonsten muss aber festgehalten werden: Sowohl im bürgerlich dominierten Regierungsrat als auch im bürgerlich dominierten Kantonsrat herrscht vor allem Rat- und Ideenlosigkeit, gepaart mit einer



**Stefan Feldmann,
Spitzenkandidat
für den Kantonsrat
auf der Liste 2 der
Sozialdemokratischen
Partei.**

falschen Prioritätensetzung in der Finanz- und der Steuerpolitik.

Wer hat, dem wird gegeben
Was bürgerliche Politik im Kanton Zürich zur Zeit bedeutet, lässt sich exemplarisch am näch-

sten Abstimmungstermin vom 15. Mai zeigen. An diesem Tag sollen einerseits die höchsten Einkommen und die grössten Vermögen steuerlich entlastet werden, zum anderen gleichzeitig die Gelder für die Krankenkassenprämien-Verbilligung gekürzt werden. Mit anderen Worten: Einmal mehr eine Entlastung oben, einmal mehr eine Belastung beim Mittelstand und den Familien.

Die bürgerlichen Parteien rühmen sich bekanntlich bei jeder Gelegenheit eine Politik für den Mittelstand zu machen und werfen gleichzeitig der Linken vor, eine Umverteilungspolitik zu betreiben. Festzuhalten gilt deshalb: Ja, es gibt Umverteilungspolitik in diesem Kanton, aber nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben. Und diese Politik wird nicht von links gemacht, sondern von den bürgerlichen Parteien. Und: Ja, es gibt mittelstandsfeindliche Politik in diesem Kanton, aber sie wird wie in diesem Fall nicht von links gemacht, sondern von der bürgerlichen Allianz von SVP über FDP bis hin zur GLP. Eine solche Politik darf keine Zukunft haben im Kanton Zürich.

Wir brauchen wieder eine Politik, die auf Gemeinwohl statt auf Egoismen setzt. Eine Politik, die das Wohl vieler über die Einzelinteressen von ein paar wenigen Privilegierten stellt. Und eine solche Politik ist nur mit einer starken SP möglich. Und für eine solche Politik will ich mich auch persönlich im Kantonsrat einsetzen.

Dafür werde ich mich im Kantonsrat einsetzen

Für mehr bezahlbaren Wohnraum. Der Druck auf dem Boden- und Wohnungsmarkt ist im Kanton Zürich und auch unserem Bezirk enorm. Und er steigt weiter: In vielen Regionen finden Leute mit einem normalen Einkommen nur noch schwer bezahlbaren Wohn- und Gewerberman. Das muss sich ändern. Zum Beispiel dank der SP-Volksinitiative «für mehr bezahlbaren Wohnraum», die wir im Februar lanciert haben.

Für einen starken Bildungsstandort Uster. Vier Schulen, ein Bildungszentrum – das ist das Konzept der Bildungsstandorts Uster. Doch der Bildungsstandort Uster ist gefährdet: Der Umzug der Kantonsschule stockt und der Kanton überlegt sich die Gewerblich-Industrielle Berufsschule zu schliessen. Dagegen wehre ich mich. Denn ein starker Bildungsstandort Uster ist eine sinnvolle Investition in die Zukunft unserer Kinder. Und in die Zukunft unseres Bezirks.

Für eine vernünftige Steuer- und Finanzpolitik. In den letzten 15 Jahren haben vor allem die höchsten Einkommen und grössten Vermögen von Steuersenkungen profitiert. Und so soll es nach Meinung der Regierung auch weiter gehen: Sie plant weitere Steuergeschenke für die Superreichen. Im Gegenzug müssen Familien und der Mittelstand immer grössere Lasten tragen. Hier ist eine Änderung dringend nötig, die Steuergerechtigkeit im Kanton Zürich muss wieder hergestellt werden.

Für eine Region, die ihr Gewicht in Zürich einbringt. Der Bezirk Uster hat in den letzten 20 Jahren eine enorme Entwicklung durchgemacht. Die dritt- und viertgrösste Stadt des Kantons liegen in unserem Bezirk und auch andere Gemeinden wachsen. In der kantonalen Politik hat sich dieses zusätzliche Gewicht aber noch nicht genügend niedergeschlagen. Unser Bezirk braucht deshalb starke Stimmen in Zürich. Eine davon will ich gerne sein.

Regierungswahlen vom 3. April: Regine Aeppli wieder in den Regierungsrat

Regine Aeppli: Alle Abstimmungen gewonnen

Regine Aeppli ist eine Politikerin, die auf die Überzeugungskraft des besseren Arguments setzt. Sie will Menschen überzeugen, auch in ihrem Amt als Bildungsdirektorin, das sie vor acht Jahren angetreten hat. Und offenbar gelingt ihr das: Sie hat an der Urne für alle ihre Anliegen Mehrheiten gefunden. Am 3. April bewirbt sie sich nun um eine weitere Amtsperiode.

Von Markus Stadelmann

Keine Frage: Die Bildung ist jener Politbereich, der am meisten Potential für Unzufriedenheit in sich birgt. Von der Schule sind viele Menschen betroffen, sei es als SchülerInnen, Eltern oder LehrerInnen, und die sich teilweise widersprechenden Wünsche und Forderungen unter ein Hut zu bringen, ist praktisch unmöglich. Und auch wenn Regine Aeppli als Bildungsdirektorin nicht alle Ansprüche aller Gruppen erfüllen kann, so ist es ihr bislang doch erstaunlich gut gelungen, das Schul-Schiff auf einem Erfolgskurs zu halten.

Harmos zum Durchbruch verholfen

Dass ihre Bildungspolitik im Kanton Zürich von der Bevölkerung getragen wird, zeigt allein die Tatsache, dass sie in ihrer Amtszeit für alle ihre Vorlagen an der Urne Mehrheiten gefunden hat. Und das ist angesichts der von rechts oft emotional geführten Kampagnen – erinnert sei etwa an das SVP-Plakat, auf dem weinende Kinder



**Regine Aeppli,
erfolgreiche
Regierungsrätin,
kandidiert wieder
für einen Sitz in der
Zürcher Exekutive.**

angesichts von Harmos in Tränen ausbrechen – keine Selbstverständlichkeit. Aber die Bildungsdirektorin konnte die Zürcher Stimmberechtigten überzeugen: Sie stimmten dem Beitritt zum Harmos-Konkordat zu. Ebenso dem neuen Volksschul-Gesetz, der Einrichtung eines Berufsbildungsfonds – ein Novum für die Deutschschweiz – oder dem von Regine Aeppli lancierten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja», welcher die Gemeinden erstmals zu einem bedarfsgerechten Angebot in diesem Bereich verpflichtet.

Das Kreuz mit den Finanzen

Dass das Potential an Unzufriedenheit im Bildungsbereich hoch ist, hat auch mit der Unsitte der bürgerlichen Parteien zu tun, Reformvorhaben immer mit Sparvorgaben zu verknüpfen. Als Beispiel mag dafür das integrative Schulmodell gelten: Dieses wird von den Fachleuten als richtig anerkannt und im Grundsatz auch von der Lehrerschaft mitgetragen. Wenn aber nicht genügend Ressourcen dafür zur Verfügung gestellt werden, so führt dies natürlich zu Defiziten im Unterricht. Hier hat sich Regine Aeppli in den letzten Wochen und Monaten klar und deutlich gegen Sparmassnahmen ausgesprochen. Sie

ging dabei bis an die Grenze des Kollegialitätsprinzips, hatte damit aber Erfolg: Die Volksschule ist vom neusten Sparpaket nur am Rande betroffen. Dieser Verdienst hat ihr von rechter Seite umgehend scharfe Kritik eingetragen – Kritik, mit der sie sehr gut leben kann.

Die Qualität des Unterrichts in den Vordergrund stellen

Standen in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit als Bildungsdirektorin die grossen Reformen im Vordergrund, so hat in den letzten Jahren eine Gewichtverschiebung stattgefunden, die sich wohl in Zukunft noch akzentuieren wird: Nicht mehr die Strukturen der Schule stehen jetzt im Vordergrund, sondern die Qualität des Unterrichts. Auch hat sie ein grosses Programm zur Entlastung der Lehrerschaft auf den Weg gebracht und die Entlohnung des Lehrpersonals verbessert.

Veränderungen im Bildungswesen brauchen, so hat die NZZ kürzlich festgestellt, einen langen Atem. Regine Aeppli verfügt dank ihrer pragmatischen Art, die auf die Kraft des besseren Arguments setzt, über diesen und wird ihn ohne Zweifel auch in in einer dritten Legislatur unter Beweis stellen.

Zur Person

Die 58jährige Regine Aeppli ist in Winterthur geboren und in Stäfa aufgewachsen. Nach der Matura an der Kantonsschule in Wetzikon studierte sie Rechtswissenschaften an der Universität Zürich und führte von 1986 bis zur ihrer Wahl in den Regierungsrat 2003 eine eigene Rechtsanwaltskanzlei. Von 1987 bis 1996 sass Regine Aeppli im Zürcher Kantonsrat, von 1995 bis 2003 im Nationalrat. Neben dem politischen Amt in Bern war sie Stellvertreterin des kantonalen Ombudsmanns und präsierte das Schweizerische Arbeiterhilfswerk. Seit ihrer Wahl in den Regierungsrat 2003 ist sie Bildungsdirektorin und amtierte 2009/2010 als Regierungspräsidentin. Regine Aeppli lebt in der Stadt Zürich, ist verheiratet und Mutter zweier erwachsener Kinder.

Regierungswahlen vom 3. April: Mario Fehr in den Regierungsrat

Mario Fehr: Mediengewandt und stiller Schaffer

Wer mit Humor und Witz, mit viel Leidenschaft und grossem Einsatz Politik betreibt, wird schnell als «animal politique» bezeichnet. Diese Charakterisierung trifft ganz ohne Zweifel auf Mario Fehr zu. Der Adliswiler Nationalrat versucht am 3. April den Sitz von Markus Notter für die SP zu verteidigen. Mit durchaus intakten Chancen.

Von Markus Stadelmann

Natürlich ist Regierungsrat kein Amt, von dem man bereits als Kind träumt, gibt Mario Fehr zu. Aber als Politiker mit Erfahrung wisse man mit der Zeit, dass es das schönste Amt im Kanton Zürich sei. Am schönsten deshalb, weil man in diesem Amt einen grossen Gestaltungsspielraum habe, sich für die Menschen engagieren könne. Als langjähriger Stadtrat in Adliswil weiss Mario Fehr, dass man in einem Exekutivamt in der Tat viel bewegen kann: 16 Jahre lang stand er in der Stadt im Sihltal dem Ressort Jugend und Sport vor. Und das mit Erfolg: In Sachen Jugendarbeit hat Adliswil heute einen sehr guten Ruf, auch weil die Stadt nicht Jugendpolitik *für* die Jugendlichen macht, sondern Jugendpolitik *mit* den Jugendlichen. Ein Punkt, der Mario Fehr bei all seinen politischen Vorhaben wichtig ist: Nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg politisieren, sondern gemeinsam mit ihnen etwas erreichen.

In den Medien und hinter den Kulissen

8 Jahre Gemeinderat in Adliswil, 16 Jahre Stadtrat in Adliswil, 9 Jahre Kantonsrat, 5 Jahre Verfassungsrat, 12 Jahre Nationalrat: Es gibt kaum ein Thema, eine Debatte, an der Mario Fehr nicht in der einen oder anderen Art beteiligt war. Er hat ein feines Gespür für Diskussionen, ist ein ebenso begnadeter wie witziger Debattierer und versteht es durchaus, die Medien für sich einzunehmen. Ein idealer Politiker fürs Medienzeitalter, schrieb die NZZ ihrem Porträt, und liess mit



**Mario Fehr
kandidiert für
einen Sitz in der
Zürcher Regierung.**

dieser Bezeichnung unterschwellig den Vorwurf fehlenden politischen Tiefgangs anklingen.

Doch wer Mario Fehr etwas näher kennt, weiss, dass dieser Vorwurf ins Leere zielt: Sein Engagement ist nicht von Medienaufmerksamkeit getrieben, er engagiert sich oft und mit viel Einsatz auch dann, wenn dies danach nicht in den Medien steht. So hat er beispielsweise im Verfassungsrat hinter den Kulissen zu manchem Kompromiss beigetragen, welche das Zustandekommen der neuen Verfassung erst möglich machte. Auch hat er sich noch als Kantonsrat für die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im Kanton Zürich eingesetzt. Dass das entsprechende Gesetz von den Stimmberechtigten angenommen wurde und später als Vorbild für die gesamtschweizerische Gesetzgebung diente,

bezeichnet er noch heute als seinen grössten Erfolg. Mario Fehr ist zwar ein Politiker, der die heutige Medienwelt für sich zu nutzen weiss, gehört aber auch zu jenen, die da sind, wenn hinter den Kulissen Arbeit nötig ist.

Gerüstet für viele Dossiers

Dank seiner langen politischen Karriere und seinem Engagement in verschiedenen politischen Bereichen ist Mario Fehr für eine Tätigkeit im Regierungsrat zweifellos bestens gerüstet. Zumal ein Regierungsratsmitglied ja nicht nur «seiner» Direktion vorsteht, sondern Mitverantwortung für die gesamte Regierungstätigkeit trägt. Als Jurist läge ihm natürlich die Justizdirektion nahe, als Präsident des KV Schweiz käme für ihn aber auch die Bildungsdirektion oder die Volkswirtschaftsdirektion in Frage (die aber beide kaum frei werden).

Bis zum Wahltag will er sich aber ganz auf den Wahlkampf konzentrieren und den Sprung in den Regierungsrat schaffen. Seine Wahl wäre nicht nur für ihn ein persönlicher Erfolg, sondern wäre auch einer für seine Partei: In der Geschichte des Kantons Zürich hat es die SP bislang noch nie geschafft, während 12 Jahren in Folge mit zwei Personen im Regierungsrat vertreten zu sein.

Zur Person

Der 53jährige Mario Fehr ist in Adliswil aufgewachsen und hat nach der Matura Rechtswissenschaften an der Universität Zürich studiert. Es folgte das höhere Lehramt in den allgemeinbildenden Fächern der Berufsschulen, von 1992 bis 2008 arbeitete er als Berufsschullehrer. Von 1986 bis 1994 gehörte er dem Gemeinderat Adliswil an, den er auch präsidierte, von 1994 bis 2010

war er Stadtrat in Adliswil. Von 1991 politisierte er im Kantonsrat und gehörte von 2000 bis 2005 auch dem Verfassungsrat an. 1999 wurde Mario Fehr in den Nationalrat gewählt, wo er aktuell der Aussenpolitischen Kommission und der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur angehört. Seit 2006 präsidiert er den Kaufmännischen Verband der Schweiz. Mario Fehr ist verheiratet und Vater einer 17jährigen Tochter.

Kantonsratswahlen vom 3. April: Regula Trüeb in den Kantonsrat

Sparen in der Bildung zahlt sich nicht aus

Darüber sind sich alle gesellschaftlichen Kräfte im Grundsatz einig: Bildung ist der einzige Rohstoff in unserem Land. Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft: Ihnen müssen wir Sorge tragen und eine gute Ausbildung ermöglichen, damit sie später fähig sind, ihr Leben zu meistern und im Arbeitsleben zu bestehen. Doch wenn es darum geht, für die öffentliche Schule die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, erweisen sich diese Aussagen bei vielen schnell als blosse Lippenbekenntnisse.

Von Regula Trüeb, Gemeinderätin Uster,
Kantonsratskandidatin

Unter dem von den bürgerlichen Parteien herbeigeführten Spardruck wird auch bei der Bildung gespart. Doch dies ist kurzsichtig und hat weitreichende Konsequenzen: Wer bei der Bildung spart, spart nicht nur bei der Zukunft unseres Landes, nein, er gefährdet indirekt auch den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft: Kurzfristig fallen zwar bei der öffentlichen Hand Kosten weg, mittel- und langfristig belasten schlecht ausgebildete junge Menschen den Staat jedoch um ein Mehrfaches, wenn sie beispielsweise ohne Lehrstelle oder Job dastehen.

Ganzheitliche Förderung der Kinder

In den letzten Jahren fielen im Kanton Zürich Fächer wie Handarbeit, Hauswirtschaft und Religion dem Rotstift der bürgerlichen Spar- und Steuersenkungspolitik zum Opfer. Zudem wurden die Klassengrößen angehoben. Die Zürcher Bevölkerung goutierte dies nicht: Mittels Volksinitiativen hat sie einige Sparmassnahmen in der Volksschule wieder rückgängig gemacht. Sie ist der Meinung, dass es neben den kognitiven Fächern wie Mathematik und Sprachen auch Unterricht in Musik, Zeichnen, Handarbeit und Turnen sowie Sozial- und Methodenkompetenzen braucht. Ganz nach Pestalozzis Leitsatz von «Kopf, Hand und Herz». Denn einerseits fördert der musische und motorische Unterricht die geistige und emotionale Entwicklung der Kinder. Andererseits braucht auch die Wirtschaft kreative, sozialkompetente Menschen.

Familiengerechte Schule

Familie und Gesellschaft haben sich in den letzten 50 Jahren stark verändert: Der Anteil von Alleinerziehenden und Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, steigt ständig. Gut



**Regula Trüeb,
Gemeinderätin Uster,
und Kantonsrats-
kandidatin auf
der Liste 2 der
Sozialdemokratischen
Partei.**

ausgebildete Frauen drängen in die Berufswelt. Der Arbeitsmarkt verlangt nach mehr Flexibilität. All diese Entwicklungen gehen auch an der Schule und an der Frage, wie die Kinder ausserhalb des Unterrichts betreut werden sollen, nicht spurlos vorbei. Mit den im neuen Volksschulgesetz verankerten Blockzeiten und schulergänzenden Tagesstrukturen hat sich in den letzten Jahren im Kanton Zürich einiges getan. Doch der Bedarf an ausserfamiliärer Betreuung steigt und der Ruf nach öffentlichen Tagesschulen wird lauter.

Als Sozialdemokratin und berufstätige Mutter setze ich mich dafür ein, dass die ausserschulische Betreuung weiter bedarfsgerecht ausgebaut wird, qualitativ gut und für alle Familien finanziell tragbar ist. Dies umso mehr, als Studien zeigen, dass familien- und schulergänzende Tagesstrukturen integrierend wirken sowie die Chancengleichheit und sozialen Kompetenzen der Kinder fördern. Auch die Gemeinschaft profitiert: Jeder in familien- und schulergänzende Tagesstrukturen investierten Franken fliesst u.a. in Form von zusätzlichen Steuereinnahmen dreifach an den Staat zurück.

Mittel gegen den Lehrpersonenmangel

Da der Rohstoff «Bildung» so bedeutend ist, ist es auch wichtig, diejenigen, die ihn fördern, bei

der Stange zu halten. Nur mit gut motivierten Lehrpersonen kann die öffentliche Schule eine gute Schule sein. Gerade im Zug von zunehmendem Mangel an Lehrpersonen muss der Kanton Zürich ein verlässlicher, attraktiver Arbeitgeber sein, der für die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte genügend Mittel zur Verfügung stellt.

Dazu gehört auch, dass die Lehrpersonen unterstützt und entlastet werden bei der Umsetzung der zahlreichen Reformen und im Umgang mit neuen gesellschaftlichen Entwicklungen, zum Beispiel durch die zwingend notwendige Schulsozialarbeit. Entlastungen bringen auch eine schlankere Administration oder allenfalls eine Reduktion der Pflichtlektionen auf allen Stufen der öffentlichen Schulen, damit die Lehrpersonen sich wieder ganz ihrer Kernaufgabe, dem Unterrichten, widmen können.

Die öffentliche Schule ist ein Spiegelbild der Gesellschaft und muss von allen Beteiligten getragen werden.

Es ist deshalb wichtig, dass Eltern, Lehrkräfte und Behörden eng zusammenarbeiten. Und das in einer vertrauensvollen Atmosphäre und mit genügend Mitteln, denn nur so werden wir der Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen gerecht, nur so können wir unseren einzigen Rohstoff Bildung pflegen.

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 242

April 2011



Gemeinde-Abstimmung vom 15. Mai:

Usters Vereine unbürokratisch unterstützen

Städtische Abstimmungen vom 15. Mai: JA zur Vereins-Initiative

Jugendförderung statt Bürokratie: Wie die Ustermer Vereine einfach

Die Jugend ist unsere Zukunft, sie ist deshalb in jeder Hinsicht zu fördern – darüber sind sich heute alle einig. Im Grundsatz ist die Jugendförderung denn auch unbestritten, auch in der Stadt Uster. Nur in der Umsetzung hapert es dann gelegentlich. So verlangt die Stadt Uster im Gegensatz zu umliegenden Gemeinden von Jugend- und Sportvereinen auch dann Gebühren, wenn sie mit Jugendlichen trainieren oder proben – ein Unding! Die von der SP Uster lancierte Volksinitiative «Keine Gebühren zu Lasten von Jugend- und Sportvereinen» schafft hier Abhilfe. Sie möchte eine dauerhaft gesicherte und unbürokratische Jugendförderung.

Von Stefan Feldmann

Eine Vielzahl von Sportvereinen, Jugendverbänden und Musikvereinen leisten Jahr für Jahr tausende von Stunden Freiwilligenarbeit zu Gunsten der Jugend. Sie tragen damit wesentlich zur Förderung der Jugendlichen und des Gemeinwohls bei.

Dieser Arbeit gebührt grosser Respekt: Es ist alles andere als selbstverständlich, wenn TrainerInnen, LehrerInnen und DirigentInnen mehrmals in der Woche mit ihren Jugendlichen trainieren oder proben – wohlverstanden zumeist ohne Entschädigung.

Groteske Situation

Die Stadt Uster will gemäss den Zielsetzungen ihres Konzeptes Jugendpolitik diese Arbeit grundsätzlich fördern und unterstützen. Allerdings kommt sie dieser Zielsetzung nicht immer nach. Und zuweilen macht sie sogar das Gegenteil: So verlangt sie von den Vereinen für die Benützung von Sporthallen, Trainingsplätzen und anderen Räumlichkeiten auch dann Gebühren, wenn diese mit Jugendlichen trainieren und proben. Das macht für die grösseren Sportvereine wie beispielsweise den Fussball-Club mehrere Tausend Franken pro Jahr aus. Eine groteske Situation, zumal in allen grösseren Gemeinden rund um Uster (z.B. in Dübendorf, Volketswil oder Wetzikon) die Vereine ebenfalls keine Gebühren zahlen müssen. Die von der SP Uster lancierte Volksinitiative «Keine Gebühren

zu Lasten von Jugend und Sportvereinen», über die wir am 15. Mai abstimmen, will diesen unhaltbaren Zustand beenden.

Jugendförderung langfristig sichern

Gegen die Initiative gibt es bei Lichte betrachtet keine stichhaltigen Argumente, wie die Debatte zur Initiative im Gemeinderat gezeigt hat. Die Gegner der Initiative verweisen zumeist darauf, dass die Stadt Uster Anfang 2010 einen Kredit zur Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit gesprochen hat und die Stadt Uster damit die Vereine bereits genug unterstützte.

Nur: Der Kredit ist auf drei Jahre (2010 bis 2012) beschränkt und führt bei der Vergütung von Benützungsgebühren zu grossem bürokratischem Aufwand. Im Gemeinderat war diese Vereinsunterstützung zudem sehr umstritten – die Weiterführung dieses Kredits nach 2012 steht ohne klares Zeichen der Stimmberechtigten auf wackligen Füüssen.

Die Initiative will eine dauerhaft gesicherte und unbürokratische Unterstützung der Vereine. Ein grosser Papierkrieg ist dazu nicht nötig. Die Stadt Uster hat als Vermieterin ja stets den Überblick,



Die verschiedensten Vereine werden profitieren von dieser Initiative: keine unnötigen Gebühren, keine unnötige Bürokratie.

unterstützt werden können

welcher Verein wann wo trainiert oder probt und muss statt eine Rechnung zu stellen, diesen Betrag nur intern verbuchen. Und auch finanziell sind die Ertragsausfälle für die Stadt Uster mit 60'000 Franken bei einem Gesamtbudget von 203 Millionen Franken problemlos verkraftbar. Für die Vereine machen diese Gebühren jedoch einen beträchtlichen Teil ihrer Budgets aus.

Gelder in die Jugend investieren

Für das Initiativkomitee ist klar, dass zu einer umfassenden Jugendförderung auch das kostenlose zur Verfügung stellen von genügend Räumlichkeiten gehört. Mit der Initiative soll erreicht werden, dass Vereine ihre finanziellen Mittel direkt in die Jugend investieren können. Und nicht, dass sie das Geld der Eltern und Sponsoren wieder der Stadt abliefern müssen. Mit einem JA zur Volksinitiative «Keine Gebühren zulasten von Jugend- und Sportvereinen» wird dies möglich.



Ob Kultur oder Sport: Die Jugendarbeit der Vereine muss gefördert und belohnt werden.

Die Initiative auf einen Blick

Was verlangt die Initiative?

Die Initiative «Keine Gebühren zulasten von Jugend- und Sportvereinen» verlangt, dass Vereine für die Benützung von Turnhallen, Sportplätzen und anderen Lokalitäten keine Gebühren mehr bezahlen müssen, wenn sie für Trainings und Proben mit Jugendlichen verwendet werden.

Weshalb sollen Vereine keine Gebühren mehr bezahlen müssen?

Sportvereine, Jugendverbände und Musikverein leisten Jahr für Jahr tausende Stunden Freiwilligenarbeit zu Gunsten der Jugend. Sie tragen damit wesentlich zur Förderung der Jugendlichen und des Gemeinwohls bei. Dieser Arbeit gebührt Respekt und sollte durch die Stadt Uster entsprechend gefördert werden.

Fördert die Stadt Uster die Vereine denn bislang nicht?

Die Stadt Uster ist in diesem Bereich nicht untätig. Vor kurzem wurde beispielsweise ein Kredit zur Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit beschlossen. Nur: Dieser Kredit ist auf drei Jahre beschränkt und läuft 2012 aus. Zudem führt er bei der Vergütung von Benützungsgebühren zu grossem bürokratischem Aufwand.

Wieviele Gebühren entgehen der Stadt Uster bei einer Annahme der Initiative?

Als die Initiative im Gemeinderat debatiert wurde, nannte der Stadtpräsident einen Betrag von rund 60'000 Franken. Das entspricht 0,02 Prozent der städtischen Einnahmen.

Welche Folgen haben die Benützungsgebühren bei den Vereinen?

Dass die Mitgliederbeiträge der Eltern für ihre Kinder höher sind als nötig. Die meisten Klubs müssen ein Drittel bis fast die Hälfte der von den Eltern erhobenen Mitgliederbeiträgen für die Benützungsgebühren an die Stadt Uster abführen. Mit anderen Worten: Ein beträchtlicher Teil der von den Eltern geleisteten Beiträge fliesst nicht in die Arbeit mit den Kindern, sondern in die Stadtkasse. Ohne diese Gebühren könnten die Vereine dieses Geld verstärkt in die Arbeit mit den Jugendlichen investieren.

Erheben andere Gemeinden ebenfalls Gebühren für die Benützung ihrer Anlagen durch die Jugend- und Sportvereine?

Die Regelungen sind sehr unterschiedlich. Die grösseren Nachbargemeinden von Uster (Volketswil, Wetzikon, Schulgemeinde Dübendorf)

erheben aber alle keine Gebühren von Vereinen, wenn diese auf Sportplätzen und Turnhallen trainieren oder in anderen Räumlichkeiten proben. Einzig für die Benützung der Eissportanlage in Wetzikon müssen auch Juniorenmannschaften eine Benützungsgebühr entrichten.

Warum ist der Stadtrat gegen die Initiative?

Der Stadtrat ist der Meinung, die Stadt tue mit dem Kredit zur Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit bereits genug. Dieser Kredit war im Gemeinderat aber sehr umstritten und seine Weiterführung steht nach dem Auslaufen im Jahr 2012 auf wackligen Füßen.

Auch deshalb braucht es eine Zustimmung zur Initiative – als Bekenntnis für eine längerfristige Vereinsunterstützung.

Wer unterstützt die Initiative?

Die Initiative wurde von der SP Uster lanciert. Anlässlich der Debatte im Gemeinderat wurde sie zudem von den Grünen unterstützt.

Ebenfalls für die Initiative spricht sich Pro Sport Uster aus, der Dachverband der Ustermer Sportvereine. Zudem unterstützen zahlreiche einheimische SportlerInnen und Kulturschaffende dieses Anliegen. (sf)

Kantonale Abstimmungen vom 15. Mai: Sieben Abstimmungen stehen an

Keine Steuergeschenke an Superreiche zulasten des Mittelstandes

Ein reich befrachtetes Abstimmungsprogramm wartet auf die Stimmberechtigten am 15. Mai: Sieben Vorlagen und drei Gegenvorschläge gelangen zur Abstimmung. Zwei Vorlagen stechen dabei besonders heraus: Die Änderung des Steuergesetzes sowie die Kürzung der Krankenkassen-Verbilingungsgelder. Hier haben die Stimmberechtigten die Chance, mit dem Abstimmungszettel zu zeigen, dass sie diese Politik zulasten des Mittelstandes nicht goutieren.

Von Stefan Feldmann

Die FinanzdirektorInnen mögen wechseln, die Klage bleibt die gleiche: Der Kanton Zürich gerate im Steuerwettbewerb um Steuerzahler mit hohen Einkommen ins Hintertreffen, eine Anpassung der Steuersätze nach unten sei deshalb dringend notwendig. So alt die Klage ist, so falsch ist sie auch: Die Bundessteuerstatistik zeigt nämlich, dass der Kanton Zürich in den vergangenen Jahren bei den guten und sehr guten Steuerzahlenden im Vergleich zu anderen Kantonen zugelegt hat, auch wenn die Steuerbelastung hier etwas höher ist, als in den Dumpingkantonen in der Innerschweiz. Warum das so ist, haben diverse Studien schon längst nachgewiesen: Für die Standortwahl ist die Steuerbelastung nur ein Kriterium unter vielen und bei weitem nicht das

Wieviel profitieren Sie?

Damit die Stimmberechtigten überprüfen können, bei welcher Steuergesetz-Variante sie wie stark profitieren, stellt die SP Kanton Zürich einen Steuerrechner zur Verfügung. Sie finden diesen unter www.120millionen.ch. Geben Sie Ihre Daten ein und vergleichen Sie die verschiedenen Varianten. Wenn Sie nicht zu den absoluten Topverdienern im Kanton gehören, so werden Sie sehen: Mit dem SP-Vorschlag fahren Sie in jedem Fall am besten.

wichtigste. Die bürgerliche Mehrheit im Regierun- und im Kantonsrat ignoriert diese wissenschaftliche Erkenntnis aber seit Jahren und will nun zugunsten der Superreichen die oberste Progressionsstufe abschaffen. Verknüpft wurde dies mit einer geringfügigen steuerlichen Besserstellung bei den untersten Einkommen, wohl in der Hoffnung, so eine mehrheitsfähige Vorlage zu zimmern.

SP will den Mittelstand entlasten

Dagegen hat aber die SP das «Konstruktive Referendum» ergriffen und einen eigenen Vorschlag eingereicht. Dabei übernimmt sie die Besserstellung der untersten Einkommen, will aber statt den Superreichen gezielt Familien und den Mittelstand entlasten. Damit soll ein kleines

Stück Steuergerechtigkeit wieder hergestellt werden: In den letzten 15 Jahren wurden im Kanton Zürich nämlich Steuern in der Höhe von mehr als einer Milliarde Franken pro Jahr gesenkt, profitiert davon haben fast ausschliesslich die höchsten Einkommen und Personen mit grossen Vermögen. Ihr Anteil am gesamten Kuchen der Steuerlast wurde stetig verringert, die Mehrbelastung trug der Mittelstand.

Ist ein weiteres Steuergeschenk für die Superreichen für sich alleine genommen schon stossend genug, so wirkt das Ansinnen angesichts einer weiteren Abstimmungsvorlage am gleichen Sonntag schon fast zynisch: Die Regierung will nicht nur die Steuern für die Superreichen senken, sondern gleichzeitig ein Sparprogramm durchsetzen. Und eine darin vorgesehene Massnahme ist die Senkung der Krankenkassenprämien-Verbilingungsgelder. Angesichts der steigenden Prämienlast trifft diese Massnahme Familien und den Mittelstand besonders stark.

Fazit: Geht es nach der Regierung und den bürgerlichen Parteien, so hätte der Mittelstand am 15. Mai gleich zweimal das Nachsehen: Er erhält weniger Prämienverbilingung, muss aber im Gegensatz zu den höchsten Einkommen gleich viel Steuern zahlen wie bisher.

Da gibt es nur eine Antwort: **NEIN** zum Steuergeschenk an die Superreichen, **JA zum Gegenvorschlag der SP** und **NEIN** zur Abbauvorlage bei der Prämienverbilingung.

Abstimmungsparolen für den 15. Mai 2011

Städtische Abstimmung

JA zur Volksinitiative «Keine Gebühren zu Lasten von Jugend- und Sportvereinen»

... weil so die Vereine in ihrer Jugendarbeit auf unbürokratische und einfache Weise unterstützt werden können (siehe Artikel auf den Seiten 8/9).

Kantonale Abstimmungen

NEIN zur Änderung des Steuergesetzes

NEIN zum Gegenvorschlag der GLP

JA zum Gegenvorschlag der SP

... weil statt den Superreichen der Mittelstand und die Familien entlastet werden sollen (siehe Artikel oben auf dieser Seite).

NEIN zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz

JA zur Volksinitiative «Tragbare Krankenkassenprämien für alle»

... weil nicht der Mittelstand für die Steuergeschenke an die Superreichen zahlen soll (siehe Artikel oben auf dieser Seite).

NEIN zur Volksinitiative «Nein zum Sterbetourismus im Kanton Zürich»

NEIN zur Volksinitiative zur Einreichung einer Standesinitiative «Stopp der Suizidhilfe»

... weil ein selbstbestimmtes Sterben ein Menschenrecht ist.

NEIN zur Volksinitiative «Ja zur Mundart im Kindergarten»

... weil sich die bisherige Regelung (ein Drittel Mundart, ein Drittel Schriftsprache, ein Drittel je nach Zusammensetzung der Kindergartenklasse) bewährt hat.

JA zum Finanzausgleichsgesetz

NEIN zum Gegenvorschlag der SVP

... weil das neue Finanzausgleichsgesetz ein sinnvoller Kompromiss zwischen Stadt und Landgemeinden darstellt.

Kantonsratswahlen vom 3. April: Balthasar Thalmann in den Kantonsrat

Anständige Wohnungen für bezahlbare Preise

Es ist klar: Die Frage, ob wir den knappen Boden für Überbauungen, für Verkehrsinfrastrukturen, für die Erholung oder für die Landwirtschaft brauchen, wird eines der wohl umstrittensten Themen der nächsten Jahre sein. Wenn wir unsere verbleibenden Grünflächen mit Einfamilienhausweiden und Strassen zubetonieren, bleibt uns kein Platz mehr zum Leben. Wir müssen uns daher viel mehr für ein attraktives Wohnumfeld einsetzen und gleichzeitig Lösungen suchen, damit anständige Wohnungen in einem anständigen Wohnumfeld für alle bezahlbar bleiben. Der Kanton kann in dieser Hinsicht viel machen – wenn der politische Wille vorhanden ist.

Von Balthasar Thalmann, Gemeinderat Uster, Kantonsratskandidat

Wir brauchen in absehbarer Zeit mehr Raum für uns. Wenn wir uns als Familie in den 1980er-Jahren noch mit einer 85m²-Wohnung zufrieden gaben, sind heute 120m² schon bald üblich – Tendenz zunehmend. Hinzu kommt, dass die Bevölkerungszahl weiter wächst. Mehr Raumansprüche bedeutet zwangsläufig aber auch mehr Bauen.

Wir als Gesellschaft müssen uns deshalb einigen, wo und wie gebaut werden soll. Viele haben den Traum eines Einfamilienhaus im Grünen mit der Schule, dem Einkaufszentrum und dem S-Bahnhof gleich um die Ecke – ganz wie dies die Hypothekenwerbung der Grossbanken suggerieren. Diese Zeiten sind wohl aber vorbei. Ich bin dezidiert der Meinung, dass wir dichter bauen müssen. Dass das geht, zeigen viele gute Beispiele. Die öffentliche Hand soll Qualität einfordern können und Investoren müssen wissen, dass man auch ohne 08/15-Lösungen Geld verdienen kann.

Verkehrsinfrastrukturen in den Städten stärken
Klar für mich ist auch, dass wir mit dem heutigen Siedlungsgebiet zurecht kommen müssen. Mit jedem Quadratmeter, der neu zu Bauzone wird, geht Handlungsspielraum für künftige Generationen und die wertvolle Landschaft vor unserer Haustüre verloren. Nachhaltig ist das nicht. Falls doch mal irgendwo neues Bauland erschlossen wird, dann sicher nur dort, wo auch dicht gebaut werden kann.

Nicht zukunftsweisend ist der ständige Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen – sei es auf der Strasse oder auf der Schiene. Ob wir nun eine Oberlandautobahn bauen oder die ÖV-Er-schliessung in die Peripherie verbessern, der Ef-



Balthasar Thalmann, Gemeinderat in Uster, Kantonsratskandidat auf der Liste 2 der Sozialdemokratischen Partei.

fekt bleibt immer derselbe: weil man besser nach Zürich oder ins Glattal pendeln kann, zieht's immer mehr Leute an die Peripherie. Dort wird ausser dem Arbeitsweg alles mit dem Auto gemacht: Einkaufen, in den Turnverein, zum Wandern. Ressourceneffizienz sieht anders aus. In erster Linie ist das ÖV-System in den städtischen Gebieten zu verbessern.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Eine andere Frage ist, wie man anständigen Wohnraum an anständiger Lage zu bezahlbaren

Preisen für alle zur Verfügung stellen kann. Die heutige Verteilung des Bodens führt dazu, dass ein paar Wenige enorme Renditen auf ihren Liegenschaften erzielen können – zulasten der Mehrheit. Genossenschaften haben bewiesen, dass sie hochwertigen Wohnraum zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stellen können. Genossenschaften sind das beste Modell für die Erstellung von preisgünstigem Wohnraum. Die öffentliche Hand darf deshalb Wohnland inskünftig nur noch an Genossenschaften abgeben. So wie die öffentliche Hand schon heute sagen kann, wie hoch und zu welchem Zweck wo was gebaut werden kann, so sollte auch die Möglichkeit geschaffen werden, dass bestimmt wird, wo Wohnraum nach dem

Grundgedanken der Kostenmiete erstellt werden muss. Die Wohninitiative der SP zielt genau darauf ab (vgl. Kasten unten). Mit ihr werden wir im Kanton auch in Zukunft eine gute soziale Durchmischung haben und es müssen nicht alle Familien in den Thurgau und den Aargau ziehen. Das Konzept der Wohninitiative ist ein vernünftiger Eingriff in den Bodenmarkt, ohne dass Abermillionen von Subventionen verteilt werden müssen. Gerade in Gebieten wie dem Bezirk Uster, ist das ein zukunftsfähiger Ansatz. Dafür setze ich mich ein.

Volksinitiative für mehr bezahlbaren Wohnraum

Seit Ende Februar läuft die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum». Sie ermöglicht es den Gemeinden die Festlegung eines Mindestanteils an preisgünstigen Wohnungen in einzelnen Gebieten. Für diesen Wohnraum dürfen nur Mieten verlangt werden, die die Unterhaltskosten und eine faire Rendite decken (Grundsatz

der Kostenmiete). Es handelt sich dabei nicht um subventionierte Wohnungen, verhindert werden aber so ungerechtfertigte Profite einiger weniger Immobilienbesitzer auf Kosten der breiten Bevölkerung.

Mehr Informationen und Unterschriftenbogen zum downloaden unter: www.fairemieten.ch

Veranstaltungskalender

26.03. VERANSTALTUNGEN «ZUM HUT»

René Krebs solo



Beflügeltes – Musik geblasen, gehaucht. Eigenkompositionen auf Trompeten, Flügel- und Doppelflügelhorn, Meeresschnecken.

Der Ustermer, welcher im letzten Jahr an der Weltausstellung in Shangai spielte, beehrt zum ersten Mal den Hut mit seinem Soloprogramm.

Samstag, 26. März, 20.30 Uhr, Café- und Weinbar zum Hut, Bahnhofstrasse 18, Eintritt: Fr. 20.--

schmidburgerkuenzle

Das kammermusikalische Trio mit Vibrafon Dominik Burger, vibrafon Peter Schmid bcl, targot Hans-Peter Künzle, bass

Dienstag, 5. April, 20.30 Uhr, Café- und Weinbar zum Hut, Bahnhofstrasse 18, Eintritt: Fr. 20.--

Ménage à trois 16



Gast: Anette Herbst, Kabarett Zwei Musiker + Frau Herbst = Unfug mit Begleitung. Anette Herbst ist Schauspielerin, Kabarettistin, Autorin (Herbst in Basel, 2010), und bis 2007 auch Moderatorin bei DRS 2.

Ekkehard Sassenhausen, saxes Bernhard Göttert, cello

Dienstag, 12. April, 20.30 Uhr, Café- und Weinbar zum Hut, Bahnhofstrasse 18, Eintritt: Fr. 25.--

28.03. KINO: OSCAR ET LA DAME ROSE

von Eric-Emmanuel Schmitt Frankreich 2009, F d, 105'

«La Dame Rose» stolpert in einem Spital im wahren Sinne über den schwerkranken 10-jährigen Oscar. Mit ihrer energischen Art bringt sie den verschlossenen Jungen zum Lachen. Fortan will Oscar nur noch mit ihr reden. Mit einem Trick erfüllt der Doktor seinen grossen Wunsch: Er engagiert Rose kurzerhand als Pizzalieferantin für die Klinik mit Sonderauftrag «Oscar». Täglich besucht sie nun den Jungen und zwischen beiden entwickelt sich eine tiefe Freundschaft. Mit der gleichaltrigen Peggy Blue erlebt Oscar die erste Liebe, er wird reifer und weise. Noch ahnt Rose nicht, in welchem Masse die Begegnung mit Oscar auch ihr eigenes Leben beeinflussen wird...

Otopia, 14.30 + 20.30 Uhr, Braschlergasse 10

02.04. TANZEN IM FRJZ

Es geht wieder los... und zwar am 2. April 2011 im frjz!

Lust auf einen stilvollen Abend mit abwechslungsreicher Musik zum Tanzen und feinen Cocktails? Die «Mellow-Party - tanzfreudige Leute ab dreissig» steigt von 21 Uhr bis 2 Uhr als Party für all jene, die es gerne geschmackvoll und zugleich rhythmisch anspruchsvoll haben.

Das Mellow-Team

10.04. KINO: KLETTER IDA

von Hans Fabian Wullenweber Dänemark 2001, D 87', Kinderfilm, ab 8 Jahren

Die 12-jährige Ida liebt das Klettern. Ihr Vater war einst ein bekannter und begeisterter Bergsteiger, bis er bei einem Unfall fast ums Leben kam. Jetzt betreibt er eine Gokart-Bahn in Kopenhagen. Ida hat sein Talent geerbt – mit Geschick klettert sie auf alles, was höher als drei Meter ist, obwohl die Eltern ihr dies ausdrücklich verboten haben. Ihre Freunde Sebastian und Jonas beneiden sie um ihren coolen Vater und sind beide ziemlich in Ida verliebt. Als Idas Vater schwer erkrankt, sind die beiden Jungs bereit, alles zu tun, um Ida zu helfen, das Geld für eine schwierige Operation zu bekommen. Selbst wenn man dafür eine Bank ausrauben müsste... Genau das hat Ida vor. Ausgestattet mit einer Profi-Kletterausrüstung, ein paar geliehenen



Gokarts – und dem Mut zweier verliebter Herzen, die Ida von sich überzeugen wollen – begibt sich das Trio auf eine gefährliche Mission: den sichersten Tresorraum der Welt zu knacken und die CCT-Bank um satte 1,5 Millionen Dänische Kronen zu erleichtern...

Otopia, 14.30 Uhr, Braschlergasse 10

17.04. KINO: SPACE TOURISTS

von Christian Frei Schweiz 2009, D/Dial. 98'

In seinem neuesten Werk wendet sich Christian Frei einem alten Menschheitstraum zu. Dem Traum, dass wir als «ganz normale» Menschen unseren Planeten verlassen und ins Weltall reisen können. Die Amerikanerin Anousheh Ansari hat sich für 20 Millionen Dollar diesen Kindheitstraum erfüllt.



Der Film begleitet sie auf ihrer Reise ins All und zeigt den Alltag in der Internationalen Raumstation. SPACE TOURISTS führt den Zuschauer mit atemberaubend schönen Bildern in eine faszinierende Welt voller Überraschungen. Begegnungen mit Menschen, die wir nie erwartet hätten. Orte, noch seltsamer und unbekannter als das Weltall.

Nach dem Film folgt ein Podiumsgespräch mit Regisseur Christian Frei.

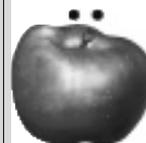
Otopia, Matinée, 11 Uhr, Braschlergasse 10

INSERATE

ERNESTO W. VOEGELI

FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610-USTER
TEL. 044 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00



Bioladen
pfelbaum

Zentralstrasse 18, Uster

Aktionen, News, Degus...
jetzt wöchentlich Newsletter bestellen:

newsletter@oepfelbaum-uster.ch

Öffnungszeiten:
Mo-Fr 9.00 - 12.15 14 - 18.30
Sa 9.00 - 16.00

Diskutieren Sie mit – im Internet: splog.sp-uster.ch

La Colonia Libera Italiana di Uster

Oggi come ieri un'associazione con un gran bagaglio storico, presente nella vita pubblica, rinnova il suo impegno culturale e politico per una maggior attenzione della società verso le comunità più deboli.

Quest'anno appena trascorso, è stato un anno molto difficile per la politica italiana, abbiamo assistito a tragiche sceneggiature dove ogni partito, per mantenere il proprio potere, si è abbassato a un degrado morale che va oltre ogni realtà. Il nostro premier ha pensato a fare leggi solo per proteggersi, senza curarsi della crisi economica e del livello di disoccupazione, che ormai ha raggiunto stadi mai visti. D'altronde non abbiamo avuto molta alternativa a questo, dato che l'opposizione, oltre che a litigare fra loro, non ha portato alternative credibili per controbattere a questo stato di cose. La politica è ormai lontana anni luce dai bisogni della gente; scandali e corruzioni sono diventati ormai storie di ordinaria amministrazione e la gente ormai non reagisce neanche più, vivendo nella sfiducia totale verso le istituzioni. Negli ultimi tempi il ruolo delle associazioni e delle istituzioni che vogliono mostrare i vari aspetti della cultura italiana è diventato sempre più difficile. L'immagine dell'Italia è in questo momento offuscata dalle notizie che da essa provengono. Non serve più a molto rifugiarsi in discorsi gloriosi di grandezze del passato e, specialmente per chi opera all'estero, è difficile nascondere tutte le ombre che oscurano oggi il nostro paese. Le associazioni comunque cercano di trasmettere ancora segnali positivi anche se a volte con molta difficoltà, limitati spesso nella possibilità di esprimersi.

Il 2010 ha visto la Colonia impegnata in molte manifestazioni e iniziative interessanti.

Ricordiamo che in occasione della nostra precedente assemblea, abbiamo avuto modo di ospitare con gran successo la Senatrice Anna Finocchiaro.

Abbiamo partecipato a fine gennaio, insieme alle altre associazioni dell'Alto zurighese, alla riuscita del progetto Volo Abruzzo, occasione questa, che ci ha trovati tutti uniti per un unico e benefico scopo.

Anche quest'anno abbiamo dato il nostro contributo alla festa svoltasi a Uster del 1. maggio. Nello stesso mese abbiamo inoltre partecipato con gran successo alla "Spielfest" nella scuola Pünt di Uster, un'iniziativa da parte di questa scuola statale che ha riunito un gran numero di associazioni straniere e svizzere in un riuscito connubio culturale.

Dopo la pausa estiva abbiamo ripreso la nostra attività organizzando, con lauta partecipazione dei nostri soci, una gita a Berna, visitando il palazzo Federale e il centro storico di Berna; un'oc-



casione veramente speciale per poter avvicinarci ai nostri soci in un clima di amicizia e cordialità; esperienza che, dopo l'entusiasmo espresso da tutti i partecipanti, siamo pronti a ripetere.

Progetti, ospiti e impegni sociali.

L'anno nuovo ha aperto le sue porte e tanti sono i progetti che la Colonia conta di portare avanti, in particolare, già da questo mese, la colonia partecipa al lavoro instaurato dalla Pro Senectute a sostegno degli anziani.

Anche quest'anno, in occasione della nostra Assemblea generale, abbiamo avuto modo di ospitare, oltre al Senatore Claudio Micheloni, un personaggio di spicco nel panorama istituzionale e politico italiano: il magistrato Michele Emiliano, attuale sindaco di Bari.

Inoltre anche quest'anno abbiamo contribuito insieme alle associazioni dell'Alto zurighese alla festa di beneficenza organizzata dalla Missione Cattolica di Uster. Festa che ha avuto luogo il 5 febbraio a Dübendorf e il cui ricavato sarà devoluto a favore della Solidarietà per gli anziani.

Il Forum, il nostro periodico bilingue che la Colonia da oltre trent'anni gestisce insieme al partito socialista svizzero, continua a essere un compito che richiede un grande impegno ma che ci gratifica e qualifica, giacché è un'esperienza unica che non ha riscontri in altri comuni del Paese.

Prospettive per il futuro.

Altri appuntamenti sono in fase di realizzazione tra cui l'anniversario del 150mo dell'Unità d'Italia. Momento importante per la nostra Nazione e per noi che viviamo all'estero.

Appuntamento atteso è la serata informativa con il patronato INCA.

Anche quest'anno inoltre parteciperemo a giugno alla "Bachgassfest", un evento da condividere con tutti i simpatizzanti della Colonia, dandoci l'opportunità di rinnovare l'amicizia e scambiarsi idee nuove con i nostri amici soci. La festa sarà seguito da un altro grande appuntamento: la "Stadtfest" a settembre, un impegno che richiede un enorme sforzo organizzativo e d'intenso lavoro per tutti noi del consiglio ma anche per chi ci aiuta, aiuto basato tutto sul volontariato. Ringrazio fin da adesso a chi vorrà unirsi a noi, e invito ancora una volta chi volesse saperne di più a mettersi in contatto con noi e telefonare alla nostra sede.

Per finire gli altri servizi che la Colonia offre già da molti anni: la consulenza giuridica, la compilazione moduli delle tasse, le domande di pensione e invalidità, la ricerca contributi e altre informazioni varie. Abbiamo sempre bisogno di nuove energie e di idee nuove, il consiglio è sempre aperto e pronto ad accogliere nuovi soci, ad ascoltare consigli e anche critiche! Fateci delle proposte. Siamo qui pronti ad accoglierle. Siamo certi che con la vostra collaborazione la Colonia potrà ancora mandare avanti le sue attività con successo.

Per il consiglio direttivo

Il presidente

Carmela Christen Damante

FORUM Redazione:
Valerio Modolo, Carmela Damante,
Fernando Carbone, Claudio Marseglia,
Italo Conte, Letizia Fiorenza

CLI, Postfach 369, 8610 Uster



Da sinistra: Valerio Modolo, il presidente della CLI di Uster Carmela Damante, il senatore Claudio Micheloni, il sindaco di Bari dott. Michele Emiliano, e Fernando Carbone verbalista.

Il sindaco di Bari in visita a Uster

Lo scorso 14 gennaio la colonia libera Italiana di Uster ha avuto il piacere di avere come ospite d'onore alla sua assemblea generale, oltre al presidente della FCLI senatore Claudio Micheloni, il Dott. Michele Emiliano, l'attuale sindaco di Bari, rieletto per la seconda volta a questa carica.

di Valerio Modolo

Michele Emiliano ha alle spalle un passato come Magistrato, si è laureato in giurisprudenza nel 1983 e ha esercitato per un breve periodo in uno studio di avvocatura. In seguito, vincendo un concorso di magistratura, lavorerà alla procura di Agrigento, dove incontrerà Giovanni Falcone e Rosario Levantino, passando poi a Brindisi per occuparsi della lotta alla mafia.

Nel 1995 ritorna a Bari come sostituto procuratore della Direzione distrettuale antimafia; con-

serva questo incarico fino al 2003, quando accetta di candidarsi a sindaco di Bari per la coalizione del centrosinistra.

Bari è sempre stato un feudo del centrodestra; i cittadini insoddisfatti da come veniva governata la città, hanno voluto cambiare e dare fiducia ad Emiliano, eleggendolo alla carica di primo cittadino per poi riconfermarlo quattro anni dopo.

Come sindaco di Bari si è occupato della ricostruzione del Teatro Petruzzelli abbandonato dopo un incendio. Dal gennaio del 2005 è nominato delegato dell'Associazione Nazionale dei Comuni Italiani per le politiche per il Mezzogiorno; inoltre nel 2007 è eletto segretario regionale del Partito Democratico in Puglia.

Alla fine del 2009, in vista delle elezioni regionali del 2010 e in seguito alla pressione di molti cittadini, si parlò di lui come il possibile candidato del centrosinistra alla presidenza della Puglia. Visti gli intrighi perpetrati da qualche notabile del partito, ha preferito rinunciare e concentrarsi sui bisogni della sua città.

Dopo la nostra assemblea c'è stato un dibattito pubblico con la partecipazione del cancelliere comunale Hansjörg Baumberger e del sindaco di Uster, Martin Bornhauser che ha voluto salutare personalmente il nostro ospite.

Il sindaco di Bari ha ringraziato in modo caloroso Bornhauser per la sua partecipazione e il suo intervento e tra la sorpresa generale ha proposto un gemellaggio tra Bari e Uster.

La parola è stata data poi ai numerosi presenti in sala che nei vari interventi hanno chiesto al sindaco di Bari, chiarimenti sul federalismo di cui si parla continuamente, ma di cui nessuno sa concretamente di cosa si tratti, sulla situazione politica italiana, sul comportamento non sempre chiaro del partito democratico, sull'immagine dell'Italia all'estero e altre cose.

Il nostro ospite ha innanzitutto manifestato molta riconoscenza per aver avuto la possibilità di venire a Uster e per la calorosa accoglienza. Soprattutto è rimasto sorpreso per la nostra sofferenza ed indignazione e risentimento nei con-

Dal 2011 a Uster

Consulenza in italiano per gli anziani

La Pro Senectute del cantone di Zurigo ha organizzato a Uster, presso la Missione Cattolica ogni ultimo mercoledì del mese, dalle ore 8.30 alle 11.30, una consulenza in italiano per gli anziani che abbiano compiuto i sessanta anni d'età.

Di Valerio Modolo

Quest'attività, organizzata dalla Pro Senectute, è già in funzione da due anni a Wetzikon. La consulenza è organizzata in collaborazione con le associazioni ACLI Oberland, Colonia libera italiana di Wetzikon e Uster, gruppo donne Wetzikon, Missione Cattolica di lingua Italiana Oberland-Glattal e Unione dei lavoratori di Uster. Sono sempre più numerosi gli anziani italiani, che da pensionati rimangono definitivamente in Svizzera nonostante molti di loro abbiano sempre vissuto qui con l'idea di rientrare in Italia; poi nella vita succedono delle cose che impediscono a questo sogno di realizzarsi e rimangono qui, confrontati con problemi di lingua e finanziari, tra solitudine, isolamento e depressione. Pur-

troppo non si tratta di casi isolati. In alcuno di questi si è trovata con successo una soluzione che consiste nel raggruppare in un'unica struttura diversi anziani di lingua italiana, affinché possano ritrovarsi tra loro, cucinare secondo le loro abitudini, creare condizioni più congeniali alle loro esigenze. Potrebbe essere una soluzione per il futuro, nonostante le varie difficoltà da superare. La situazione degli anziani, e non solo di quelli stranieri, è sempre più drammatica e molte organizzazioni sia straniere sia svizzere, si confrontano con questo problema difficile da risolvere.

Superare barriere e pregiudizi

Anche la Pro Senectute, organizzazione svizzera che si occupa dei problemi della terza età dai sessanta anni, ha cominciato a confrontarsi con il problema degli anziani stranieri e delle loro esigenze che in parte sono diverse da quelle degli svizzeri. Il progetto di Uster e Wetzikon è un tentativo per aiutare gli anziani, in questo caso di lingua italiana, nelle loro esigenze e difficoltà che incontrano con le strutture svizzere. Per facilitare

la vita degli anziani, il centro di prestazioni e servizi dell'alto zurighese della Pro Senectute ha preso contatto con consulenti volontari di lingua madre italiana, che hanno esperienza in attività sociali nelle varie associazioni italiane. Questo gruppo ha anche il compito di aiutare e stimolare gli anziani a usufruire delle strutture svizzere d'assistenza, che hanno contribuito a creare e sostenere negli anni quando avevano un'attività lavorativa. Bisogna convincerli che è un loro diritto e aiutarli a superare pregiudizi e barriere accumulati negli anni che hanno vissuto spesso ai margini di questa società.

Orari della consulenza in lingua italiana:

Uster:

Ogni ultimo mercoledì del mese dalle ore 8.30 alle 11.30 presso la Missione Cattolica, Neuwiesenstr. 19, Uster, tel. 058 451 53 83.

Wetzikon:

Ogni primo giovedì del mese dalle ore 8.30 alle 11.30 presso il centro Pro Senectute dell'alto zurighese, Bahnhofstr. 182, Wetzikon, tel. 058 451 53 83.



Il cancelliere comunale Hanjörg Baumberger, il sindaco di Uster Martin Bornhauser, il sindaco di Bari dott. Michele Emiliano.

fronti dell'immagine negativa che questo governo da del nostro paese all'estero. Un'immagine molto diversa da quella che noi, con il nostro lavoro, impegno e comportamento, abbiamo contribuito a costruire. Ha parlato molto della

sua città e delle cose che ha fatto per migliorare la vita dei baresi, soprattutto dell'impegno continuo alla lotta contro la criminalità organizzata che a Bari è stata combattuta con successo. Sul federalismo Emiliano ha dato delle risposte

esaurienti, ma ha precisato che ci sono molti punti poco chiari che bisognerà definire e che con questa situazione non si può prevedere come andrà a finire.

Ha parlato anche della situazione del partito democratico, soprattutto ha fatto notare che secondo un sondaggio, dei dieci migliori sindaci in Italia sette sono del PD, ma nessuno fa parte della segreteria del partito, parole chiare per chi vuol capire.

Abbiamo apprezzato la sua concretezza e chiarezza nel dire le cose come sono e soprattutto la sua semplicità che non mette nessuno a disagio. Peccato che il tempo a disposizione era limitato, noi abbiamo volutamente fatto un'assemblea generale molto corta per dare più spazio possibile al nostro ospite, purtroppo come spesso succede tra il pubblico, ci sono stati interventi molto lunghi per esprimere i propri concetti che non erano d'interesse generale, diverse persone che avevano cose da chiedere non hanno avuto la possibilità di intervenire. In ogni caso è stata una serata molto interessante che ha visto la partecipazione attiva di molti connazionali. L'incontro si è terminato alle 10.30 con un rinfresco offerto dalle associazioni che hanno aderito.



Voto comunale del 15 Maggio: Iniziativa popolare «Nessuna spesa a carico delle associazioni per giovani e i club sportivi»

Favorire lo sviluppo della gioventù senza impedimenti burocratici

Una varietà di club sportivi, organizzazioni giovanili e associazioni di musica dedicano ogni anno migliaia di ore di lavoro volontario a favore dei giovani. Essi contribuiscono in modo significativo alla promozione dei giovani e del bene comune. Questo lavoro merita grande rispetto: Non è un fatto scontato che allenatori, insegnanti e direttrici di coro più volte alla settimana si allenino e provino con i loro giovani – e questo, sia ben chiaro, per lo più senza alcun compenso.

La città, in linea di massima e in conformità con gli obiettivi del concetto di politica giovanile, vuole favorire e sostenere questo lavoro. Ma agisce in modo contrario: pretende dai club risarcimenti per l'uso delle palestre, dei campi sportivi e di altri locali anche quando servono per l'allenamento e le prove con i giovani. Questo costa ai circoli sportivi più grandi, come la squadra di calcio, diverse migliaia di franchi all'anno. Una situazione grottesca non più tollerabile. L'iniziativa popolare lanciata dal SP „Nessuna spesa a carico delle

associazioni per giovani e i club sportivi“ vuole metter fine a questa situazione.

La recente adozione del credito per sostenere i bambini e i giovani non è una alternativa: Il credito è limitato a tre anni e il dover richiedere il risarcimento delle spese pagate crea una burocrazia inutile. Il sostegno delle associazioni da parte del Consiglio comunale è stato inoltre molto controverso - il proseguimento di tale sostegno dopo il 2012, senza un chiaro segnale da parte degli elettori, fonda su un terreno traballante. Una ragione in più per sostenere questa iniziativa – come impegno ad un supporto a lungo termine.

Per il comitato d'iniziativa è chiaro che rientra nei compiti della città mettere a disposizione gratuitamente lo spazio necessario, allo scopo di favorire le attività della gioventù. L'iniziativa mira ad assicurare che i club possano investire i loro fondi direttamente nei giovani. E non che siano costretti a riconsegnare alla città i soldi ricevuti dai genitori e dagli sponsor.

3 aprile 2011, Consiglio cantone ed Governo cantonale

Zurigo rinnovo dei poteri cantonali

Il prossimo 3 aprile gli elettori del Cantone di Zurigo saranno chiamati ad eleggere per il periodo 2011-2015 il consiglio cantonale ed il governo cantonale. Il consiglio cantonale sarà composto da 180 membri suddivisi proporzionalmente in tutte le circoscrizioni del cantone, praticamente il fattore di assegnazione è di un seggio ogni 7472 abitanti.

A Zurigo l'assegnazione avviene suddivisa tra vari quartieri, nella circoscrizione di Uster verranno eletti 16 membri. Il legislativo come pure l'esecutivo vengono rinnovati ogni quattro anni, quelli eletti questo anno saranno in carica fino al 2015. Alle ultime elezioni il consiglio cantonale aveva la seguente composizione politica:

Il primo partito con oltre il 30% delle preferenze era l'Unione democratica di centro (SVP) che aveva conquistato 56 seggi seguita dal partito socialista svizzero (PS), che con oltre il 19% dei voti ottenne 36 seggi, seguito dal partito liberale col 16% e 29 seggi, i verdi hanno avuto oltre il 10% dei consensi e 19 seggi, seguono i cristiani popolari (CVP) con 13 seggi gli evangelici (EVP) e i verdi liberali con 10 seggi ciascuno, sono rimasti esclusi i democratici svizzeri, partito di estrema destra xenofobo, che non ha ottenuto nessun seggio.

Ad Uster c'è qualche differenza percentuale rispetto al cantone, 5 seggi sono stati assegnati all'unione democratica di centro, 3 ai liberali, 2 ai socialisti, due ai verdi liberali ed uno ai verdi. Per la circoscrizione di Uster si sono presentati 179 candidati con 13 liste per i sedici seggi disponibili. Siamo convinti che assisteremo ad una campagna elettorale infuocata, ma anche non equilibrata vista l'enorme differenza di mezzi finanziari tra i vari partiti.

Il 3 aprile verrà eletto anche il governo del cantone Zurigo, l'esecutivo è composto da sette persone alle quali si aggiunge il cancelliere del governo cantonale, ad ogni membro che sarà eletto con il sistema maggioritario verrà assegnato un dipartimento di cui sarà responsabile, qualcosa simile alla composizione del consiglio federale.

Valerio Modolo